

Windpark im Grenzgebiet der Gemeinden Aarbergen, Hünstetten und Hünfelden könnte durch das Funkfeuer in Limbach das Aus drohen

05.07.2013 – AARBERGEN *Von Hannelore Wiedemann*

Dem Windpark im Grenzgebiet der Gemeinden Aarbergen, Hünstetten und Hünfelden könnte das Aus drohen. Grund ist das Funkfeuer in Limbach. Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung macht in einem Schreiben an die drei Kommunen geltend, dass für Windkraftanlagen ein „erweiterter Anlagenschutz bis zu einem Radius von 15 Kilometern um die Flugsicherungsanlage“ gelte.

Während der Bürgermeister der Gemeinde Hünstetten, Jan Kraus, schon mal vorsorglich das avifaunistische Gutachten gestoppt hat und bereits das Ende der Windkraft-Pläne gekommen sieht, hat die Gemeinde Hünfelden eine juristische Prüfung eingeleitet. Der hat sich auch Aarbergen angeschlossen.

Gutachten liegt vor

Mit dem lapidaren Brief mache es sich die Flugsicherung etwas zu einfach, heißt es aus dem Aarbergener Rathaus. Denn immerhin gibt es bereits ein Gutachten zu den Auswirkungen der geplanten Windkraftanlagen auf das Funkfeuer. Darin wird auf 60 Seiten dargelegt, dass die Beeinträchtigungen unterhalb eines festgelegten Wertes liegen, erläutert Hauptamtsleiter Ulrich Metz. Danach seien die Windkraftanlagen zulässig. Dieses Gutachten liege der Flugsicherung bereits seit einem halben Jahr vor. Bislang habe sie sich dazu aber noch nicht geäußert. Erst jetzt, im Rahmen des Antrags der Gemeinde Hünfelden auf eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, habe sie Stellung genommen und die Zulässigkeit der Anlagen generell verneint.

GmbH-Gründung geplant

In Aarbergen soll demnächst eine Projektgesellschaft gegründet und ein Partner für die Entwicklung und den Betrieb eines Windparks gesucht werden. Ein avifaunistisches Gutachten läuft bereits und steht kurz vor dem Abschluss.

Auf der Fläche bei Panrod könnten drei bis vier Windkraftanlagen entstehen; insgesamt sollen im Bereich der drei Kommunen elf Windräder gebaut werden. Auch für Aarbergen geht es dabei um Einnahmen, die zur Konsolidierung des Haushalts beitragen sollen.